



Brüssel, den 13. November 2017
(OR. fr)

14093/17

**Interinstitutionelles Dossier:
2015/0225 (COD)**

**CODEC 1763
EF 267
ECOFIN 917
SURE 46**

I/A-PUNKT-VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates
Empfänger: Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat
Betr.: Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über
Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (**erste
Lesung**)
- Annahme des Gesetzgebungsakts

1. Die Kommission hat dem Rat am 1. Oktober 2015 ihren Vorschlag¹, der auf Artikel 114 AEUV gestützt ist, übermittelt.
2. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss hat seine Stellungnahme am 20. Januar 2016² abgegeben.
3. Das Europäische Parlament hat am 26. Oktober 2017 seinen Standpunkt in erster Lesung zu dem Kommissionsvorschlag festgelegt. Das Ergebnis der Abstimmung im Europäischen Parlament entspricht dem zwischen den Organen ausgehandelten Kompromiss und dürfte somit für den Rat annehmbar sein³.
4. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter wird daher ersucht, seine Zustimmung zu bestätigen und dem Rat zu empfehlen, dass er den Standpunkt des Europäischen Parlaments in der Fassung des Dokuments PE-CONS 38/17 auf einer seiner nächsten Tagungen als A-Punkt billigt.

¹ Dok. 12603/15.

² ABl. C 82 vom 3.3.2016, S. 1.

³ Dok. 13584/17.

Billigt der Rat den Standpunkt des Europäischen Parlaments, so ist der Gesetzgebungsakt erlassen.

Nach der Unterzeichnung durch den Präsidenten des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Rates wird der Gesetzgebungsakt im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht.
